

Schmahl, Hans-Jürgen

**Article — Digitized Version**

## Konjunkturpolitik der ungenutzten Instrumente

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Schmahl, Hans-Jürgen (1965) : Konjunkturpolitik der ungenutzten Instrumente, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 45, Iss. 6, pp. 279-281

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133486>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Konjunkturpolitik der ungenutzten Instrumente

Selten treten die Folgen wirtschaftlicher Maßnahmen so deutlich in das Bewußtsein der Öffentlichkeit wie jüngst in Gestalt der akuten Absatzschwierigkeiten auf dem Kapitalmarkt. Die Gründe dafür, daß sich dieser Markt wieder einmal als „unergiebig“ erweist, lassen sich nämlich in gerader Linie auf konjunkturpolitische Maßnahmen zurückverfolgen: auf die Kuponsteuer und auf die Restriktionsmaßnahmen (Mindestreservenerhöhung usw.) der Bundesbank. Die Sondersteuer vertrieb das ausländische Kapitalangebot vom deutschen Markt, und die Restriktion engte mit der Liquidität der Banken zugleich ihre Aufnahmefähigkeit für Wertpapiere ein. Die Banken sind immer noch sehr wichtige Wertpapierkäufer; restriktive Notenbankpolitik ist daher auch restriktive Kapitalmarktpolitik. Bei dieser Gelegenheit sind erneut Konflikte zutage getreten, denen sich die Konjunkturpolitik immer wieder gegenüber sieht.

Es ist seit langem erklärtes Ziel der Bundesregierung, einen funktionsfähigen — und das heißt wohl: einen den reibungslosen Ausgleich von Angebot und Nachfrage gewährleistenden — Kapitalmarkt zu schaffen und zu erhalten. Die so definierte Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes ist — übrigens nicht zum ersten Mal — „auf dem Altar der Konjunkturpolitik“ geopfert worden. Zweifellos ist ein funktionsfähiger Kapitalmarkt für jede Volkswirtschaft ein außerordentlich wichtiges Instrument. Aber er ist eben ein Instrument, die Gewährleistung seiner Funktionsfähigkeit ist kein „letztes Ziel“ der Wirtschaftspolitik. Zu den „letzten“ Zielen dagegen gehört die Wahrung zumindest jenes Grades von relativer Preisstabilität, den wir heute haben. Diesem Zweck dient die Restriktionspolitik. Daß die Konfliktsituation zu Lasten des Kapitalmarktes gelöst wurde, ist angesichts des ungleichen Ranges der betroffenen Gegenstände eigentlich selbstverständlich.

Der aktuelle Fall hat indessen noch weitere grundsätzliche Aspekte. Konjunkturpolitik ist Wirtschaftspolitik unter einem ganz speziellen Blickwinkel, und dieser Blickwinkel ist kurzfristig. Damit gerät die Konjunkturpolitik zwangsläufig immer wieder in Konflikte, die sich daraus ergeben, daß etwas kurzfristig Richtiges längerfristig durchaus falsch sein kann — und umgekehrt. Ein wichtiges Beispiel dafür ist die konjunkturpolitische Beeinflussung der Investitionen. Die kurzfristige Wirkung einer Investition ist der Einkommenseffekt. Von Beginn an bedeutet die Durchführung einer Investition die Schaffung von Einkommen und damit — abgesehen von der Spartätigkeit — von Nachfrage. Erst erheblich, manchmal Jahre später reifen die Früchte in Form neuer Kapazitäten, die zusätzliches Angebot und damit Entlastung bedeuten. Das zeitliche Auseinanderklaffen von Einkommens- und Kapazitätseffekt ist die Quelle eines wirtschaftspolitischen Dilemmas ersten Ranges. Unter kurzfristigen Aspekten müßte die Investitionstätigkeit in Zeiten drohender oder schon akuter Überhitzung gedrosselt werden. Unter etwas längerfristigen Gesichtspunkten müßte sie dagegen eher gefördert werden.

Die wirtschaftspolitische Lösung dieses Konfliktes fällt meistens zugunsten des kurzfristigen Gesichtspunktes aus. Zweifellos gibt es dafür oft auch gute Gründe.

In vielen Situationen ist eben der Spatz der Nachfragedrosselung in der Hand besser als die Taube künftiger Kapazitäten auf dem Dach. Die Folgen solchen Verhaltens mögen auch länger- und sogar langfristig hinzunehmen sein, wenn es nur darum geht, eine überschäumende Investitionstätigkeit von Zeit zu Zeit in ihre Grenzen zu weisen. Sehr viel problematischer ist es, wenn bestimmte Bedarfe — deren grundsätzliche Anerkennung als Bedarf hier vorausgesetzt werden kann — immer wieder mit dem Hinweis auf das konjunkturpolitische Erfordernis der Stunde von der Deckung ausgeschlossen werden. Das aber ist bei bestimmten öffentlichen Bedarfen lange Zeit und in erheblichem Umfange der Fall gewesen. Erst in letzter Zeit hat sich hier einiges geändert, wenn man z. B. an den Straßenbau, an die Förderung des Bildungswesens und ähnliches denkt. Aber durch die Versäumnisse der Vergangenheit ist ein derartiger Nachfragestau aufgetreten, daß jetzt und künftig ein Zurückstellen aus konjunkturpolitischen Gründen immer weniger mit längerfristigen (Wachstums- und Struktur-) Erfordernissen zu vereinbaren ist.

Die Tatsache, daß wichtige Bereiche öffentlicher Ausgaben lange aus konjunkturpolitischen Gründen immer wieder zurückgesetzt wurden, zeigt — neben der verbreiteten ideologisch begründeten Geringschätzung öffentlichen Bedarfs — eine Schwäche unserer Konjunkturpolitik, die durchaus nicht „in der Natur der Sache“ liegt und somit zwangsläufig wäre. Konjunkturpolitik geht meistens — wie die Wirtschaftspolitik überhaupt — den Weg des geringsten Widerstandes. Eine Ausnahme macht dabei die Notenbank. Die Hüterin der Währung läßt sich auch durch lebhafteste Proteste von Interessenten — „die Wirtschaft“ hat eine Politik der Konjunkturdämpfung, von der sie selbst betroffen war, noch nie begrüßt — nicht von ihrem Kurs abbringen. Ihre Unabhängigkeit macht sie glücklicherweise gegen Interesseneinflüsse immun. Die Konjunkturpolitik des Staates dagegen war durchweg eine Politik der Rücksichtnahmen.

Beispiele dafür gibt es genug. (Das Durchhalten im Falle der Kuponsteuer war eine der Ausnahmen, die die Regel bestätigen.) Von der naheliegenden und immer wieder geforderten Erleichterung der Agrareinfuhr ist so gut wie kein Gebrauch gemacht worden. Die Variierung der steuerlichen Be- und Entlastung im grenzüberschreitenden Verkehr kam nicht zustande. Der private Konsum wurde nicht, wie es in anderen Ländern gang und gäbe ist, durch steuerliche Maßnahmen (z. B. Veränderung der Verbrauchsteuersätze) manipuliert, sieht man von der konjunkturpolitisch ganz unangebrachten Stimulierung durch die jüngste Senkung der Einkommensteuern ab. Wenn „gedämpft“ wurde, dann vorzugsweise auf jenen Gebieten, wo man vermeintlich keine Interessen berührte. „Eingespart“ wurden Ausgaben für das Verkehrs-, Bildungs- und Gesundheitswesen. So entstand allmählich eine Disproportionalität der Bedarfsdeckung, die erst jetzt nach und nach in ihrem ganzen Umfang sichtbar wird.

Konjunkturpolitik ist in der Bundesrepublik immer noch in erster Linie Notenbankpolitik. Das liegt nicht daran, daß die — nach allgemeiner Auffassung wirksamere — Instrumente der fiscal policy, der Außenhandelspolitik usw. nicht vorhanden wären. Sie sind es, wenigstens in der Anlage. Aber offenbar ist die Anwendung der wenigsten Instrumente durchsetzbar. Der einseitige Einsatz dieser wenigen führt dann zu jenen längerfristig untragbaren Verzerrungen in der Bedarfsdeckung, von denen die Rede war. Notenbankmaßnahmen andererseits wirken global, sie treffen „überhitzte“ wie unausgelastete Bereiche. Das wird gerade jetzt deutlich. Erhebliche Tiefbaukapazitäten liegen brach, die geeignet wären, für öffentliche Bauvorhaben von hoher Dringlichkeit eingesetzt zu werden. Aber der „angeschlagene“ Kapitalmarkt erlaubt nicht, genügend Mittel im Kreditwege aufzunehmen (und die ordentlichen Einnahmen reichen, nicht zuletzt wegen der Steuersenkung, nicht aus).

Konjunkturpolitik ist wie jede Politik eine „Kunst des Möglichen“. Es wäre daher falsch, zu erwarten, daß Modellvorstellungen aus der Theorie der Wirtschaftspolitik in diesem Bereich verwirklicht werden könnten. Doch es scheint so, als wenn der Maßstab des als „möglich“ Erachteten von den politisch verantwortlichen Organen der Wirtschaftspolitik allzu niedrig gesetzt worden ist. Es wäre ein bedauerliches Selbstzeugnis für unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, wenn die bisherigen Lösungen das erreichbare Maximum darstellen würden.

Hans-Jürgen Schmahl

## KURZ NOTIERT

### *Unternehmer fordern Koordinierung des „roten Handels“*

„Realismus, Differenzierung, Anpassungsfähigkeit und Zusammenarbeit — das müssen die Hauptkriterien für eine gemeinsame Osthandelspolitik der OECD-Länder sein“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der Europäischen Vereinigung für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung (CEPES) und ihrer Schwesterorganisationen, dem amerikanischen Committee for Economic Development (CED) und dem japanischen KEIZAI DOYUKAI. Die diesen Vereinigungen angehörenden Unternehmer fordern in einer soeben in Frankfurt/Main unter dem Titel „Ost-West-Handel: Eine gemeinsame Politik für den Westen“ veröffentlichten Schrift die Einrichtung eines neuen OECD-Ausschusses (Committee for East-West-Trade) zur Koordinierung der Osthandelspolitik. Angesichts der besonderen Bedeutung, die dieser Erklärung nicht zuletzt im Hinblick auf die Entspannungsbemühungen zwischen Ost und West zukommt, veröffentlichen wir nachstehend die wichtigsten Gedanken der CEPES-Forderung.

Eine Expansion des Osthandels, so heißt es von seiten der CEPES, die von den Unternehmern grundsätzlich bejaht werde, verlange im Interesse des Westens eine verstärkte Zusammenarbeit. Der zu gründende OECD-Ausschuß könnte dieser Aufgabe am besten gerecht werden. Ihm soll eine beratende Gruppe aus der Wirtschaft assoziiert werden, damit gewährleistet ist, daß die private Industrie und der Handel die Arbeiten direkt verfolgen und beeinflussen können. Gleichzeitig soll er dem notwendigen Informations- und Erfahrungsaustausch dienen. In dem Business and Industry Advisory Committee (BIAC) bei der OECD besteht bereits ein entsprechender Ausschuß, dem auch die neuen Funktionen übertragen werden könnten.

Für dringend erforderlich wird eine Übereinkunft der westlichen Regierungen über die Kreditbedingungen gehalten. Hier weichen allerdings die Ansichten der einzelnen Vereinigungen voneinander ab. Während das amerikanische CED die Kreditlaufzeit ohne Ausnahme auf fünf Jahre begrenzt sehen will, haben sich die europäischen CEPES-Gruppen und das japanische KEIZAI DOYUKAI nicht auf eine gemeinsame Frist festgelegt.

Die Laufzeit der bilateralen Handelsabkommen soll ebenfalls begrenzt werden. Schließlich wird auf die Wichtigkeit direkter Kontakte in Form von ständigen Handelsvertretungen und Industrieaus-

stellungen sowie auf die Ausweitung des Kulturaustausches und des Tourismus zwischen Ost und West zur Intensivierung der Handelsbeziehungen hingewiesen.

Übereinstimmung besteht in der Ansicht, daß es falsch wäre, eine Osthandelspolitik anzustreben, die für die östlichen Handelspartner unannehmbar wäre. Für den Westen bestehe vor allen Dingen das Problem, diejenigen Beziehungen zum Osten zu fördern, die den westlichen Interessen am besten dienen. Dabei müssen natürlich die Interessen und Möglichkeiten des Ostens berücksichtigt werden. Von einer Koordinierung der Osthandelspolitik der westlichen Länder versprechen sich die Unternehmer folgende Vorteile:

1. Realisierung wirtschaftlicher Vorteile durch den Handel,
2. Vermeidung der Nachteile, die sich für private Unternehmer gegenüber Staatshandelsländern ergeben,
3. Aufrechterhaltung einer Embargo-Politik für den Export militärisch wichtiger Güter,
4. Unterstützung der Aufweichungstendenzen im Ostblock aus politischen und wirtschaftlichen Gründen sowie
5. eine Förderung der marktwirtschaftlichen Kräfte in den Wirtschaftssystemen des Ostens in der Hoffnung, gleichzeitig zu einer Verbesserung der politischen Beziehung zu freieren Gesellschaftssystemen zu gelangen.

C. F.